

Hochschulrat soll die Unis managen

SPD sieht Gesetzentwurf „entschärft“ – Einführung von Studiengebühren offen

KIEL – Die Landesregierung hat den Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes beschlossen. Der Entwurf, der jetzt in die Anhörung bei den Hochschulen und Verbänden geht, sieht unter anderem die verstärkte Koordinierung der drei Universitäten in Kiel, Lübeck und Flensburg in einem Hochschulrat vor. Das Gremium soll mit externen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft besetzt werden, die vor allem bei Fragen des Hochschul-Managements eine Rolle spielen sollen.

Der Hochschulgesetzentwurf sei entschärft worden, sagte der hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber: „Die Wahl der Präsidenten der Hochschulen wird auch künftig von Gremien der Hochschulen und nicht vom externen Hochschulrat durchgeführt.“ Die Haus-

haltspläne blieben ebenfalls in der Verantwortung der Selbstverwaltung. Weber sagte, damit verzichte der Entwurf in zwei entscheidenden Punkten auf eine Verlagerung wichtiger Kompetenzen an die externen Hochschulräte. „Die vorgesehene Kann-Bestimmung für die mögliche Einführung von Studiengebühren ist aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Die SPD-Fraktion begrüßt das. Es bleibt dabei, wir wollen keine Studiengebühren in Schleswig-Holstein.“ Allerdings einigten sich die Koalitionspartner darauf, dass das bisherige Verbot von Studiengebühren in das neue Gesetz nicht mehr aufgenommen wird.

„Wenn wir unsere Hochschulen national und international wettbewerbsfähiger machen wollen, dann sind wir zu einer grundlegenden Reform gezwungen“, sagte in

Kiel Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU).

Die Struktur der Studiengänge wird grundsätzlich umgestellt auf die Abschlüsse Bachelor und Master. Ausgenommen sind Studiengänge mit Staatsexamen wie beispielsweise Medizin, Jura oder Pharmazie. Ihre Umstellung ist von der bundesweiten Entwicklung abhängig, hieß es. Ihre innere Struktur und Organisation können die Hochschulen laut Austermanns künftig selbst gestalten. Dazu gehörten Entscheidungen über das gesamte Personal einschließlich der Berufung aller Professuren.

Von einem „faulen Kompromiss“ sprach die FDP: „Nur bei der Wahl der Universitätspräsidenten und bei der Entscheidung über die Haushalte der Hochschulen bleibt ein Rest Hochschulautonomie erhalten“, sagte der Liberale Ekkehard Klug.